

„Verharmlosung einer blutrünstigen Organisation“

INTERVIEW: Der türkisch-deutsche Parlamentsabgeordnete Mustafa Yeneroglu kritisiert die deutsche Haltung zur PKK und der Gülen-Bewegung

Die deutsch-türkischen Beziehungen bleiben angespannt, wie der jüngste Besuch der Bundeskanzlerin in der Türkei verdeutlichte. Über die unterschiedlichen Sichtweisen in Berlin und Ankara, gerade was die Folgen des Putschversuchs vom 15. Juli angeht, sprach Ilja Tüchter mit Mustafa Yeneroglu. Der in Köln aufgewachsene Politiker der türkischen Regierungspartei AKP ist seit 2015 Abgeordneter im Parlament von Ankara. Er besitzt die doppelte Staatsbürgerschaft.

Herr Yeneroglu, es gibt immer wieder Verhaftungen und Verurteilungen von PKK-Kadern in Deutschland. Dennoch wirft die türkische Regierung Deutschland vor, die militante Kurdenorganisation nicht richtig zu bekämpfen. Warum?

Die Problematik beginnt eigentlich schon mit den auch von Ihnen verwendeten Begrifflichkeiten. Sie sprechen von einer militanten Kurdenorganisation, obwohl es sich, auch nach internationalen Maßstäben, um eine Terrororganisation handelt, auf deren Konto zahllose blutige Anschläge mit Tausenden von Toten und Verletzten gehen. Dieser sprachlichen Verharmlosung einer blutrünstigen Organisation begegnen wir nicht nur in der Berichterstattung.

Auch die politische und rechtliche Auseinandersetzung mit der PKK und ihren Ablegern in Deutschland findet – wenn überhaupt – nur halbherzig statt. Unbehelligt dürfen Ersatzorganisationen für den PKK-Terror in deutschen Innenstädten aufmarschieren und unter Polizeischutz verbotene Fahnen und Symbole zeigen. Auslieferungersuchen unserer Regierung wird nicht stattgegeben und auch die wenigen rechtskräftigen

Verurteilungen bilden im Angesicht von mindestens 4400 Ermittlungsverfahren nur den Tropfen auf dem heißen Stein. Keine zehn Verurteilungen liegen vor.

Muss man nicht unterscheiden zwischen kurdischen Kulturvereinen und PKK-Kadern? Es gibt 800.000 kurdischstämmige Menschen in Deutschland mit allen möglichen politischen Orientierungen.

Selbstverständlich muss man unterscheiden zwischen einem Kulturverein, der sich tatsächlich auf diesem Gebiet engagiert, und einem Verein, der die PKK unterstützt. Erstere sind auch gar nicht Gegenstand unserer Kritik. In den Berichten der Verfassungsschutzbehörden können Sie nachlesen, wie viele PKK-Vereine sich mit dem Label ‚Kultur‘ tarnen, in Wahrheit aber Geld für die PKK sammeln und junge Leute für den bewaffneten Kampf rekrutieren.

Auch unter Türken in Deutschland ist immer wieder der Vorwurf zu hören, die Deutschen seien nicht solidarisch mit der Türkei, die seit Mitte 2015 fast 500 Todesopfer durch Terror zu beklagen hat. Teilen Sie diese Ansicht?

Aufrichtige Solidarität mit der Türkei würde bedeuten, dass man den Kampf der Türkei gegen den Terrorismus mit einem demonstrativen Schulterchluss unterstützt und wirksame Maßnahmen einleitet, die eine weitere Nutzung Deutschlands als Rückzugs-, Finanzierungs- und Rekrutierungsraum für das mörderische Treiben der PKK unterbindet. Verbale Solidarisierungsbekundungen helfen uns nicht weiter.

Die PKK ist seit 1993 in Deutschland verboten. Die von der Türkei als Ter-

rorgruppe FETÖ eingestufte Bewegung des Predigers Fethullah Gülen, der Drahtzieher des Putsches vom 15. Juli sein soll, ist es nicht. Ein Fehler? Die rechtliche Aufarbeitung des vereitelten Putschversuches wird auch für unsere Partner im Westen deutlich machen, welche Gefahr von dieser vermeintlich friedliebenden Sekte



Präsident Recep Tayyip Erdogan habe sich in der Gülen-Bewegung getäuscht und dies eingeräumt, erklärt Mustafa Yeneroglu, seit 2015 Abgeordneter der türkischen Regierungspartei AKP. 2014 bis 2015 war Yeneroglu Generalsekretär der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs in Deutschland.

FOTO: DPA

ausgeht. Ob man gewillt sein wird, unserer Einstufung dieser Bewegung zu folgen, vermag ich nicht vorherzusagen, zumal sie mit ihren beachtlichen finanziellen Mitteln und dem über die Jahre aufgebauten Netzwerk tatkräftig Lobbyarbeit betreibt. Das ändert jedoch nichts an dem Fakt, dass sie in ihrem Wahn, die Macht in der Türkei gewaltsam an sich zu reißen, fast 250 Menschen umgebracht und mehrere tausend verletzt hat. Ganz zu schweigen davon, dass sie über die letzten zwei Jahrzehnte – kontrolliert über Gülen-treue Kader bei der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Richterschaft – hunderte Unrechtsurteile erwirkt hat, um Gegner hinter Gitter zu bringen.

Der deutsche Vorwurf lautet, 130.000 Leute könnten unmöglich mit dem Putschversuch vom 15. Juli zu tun gehabt haben – es werde im Zuge der „FETÖ-Ermittlungen“ gegen alle möglichen Gegner der türkischen Regierung vorgegangen.

Es ist gesichertes Erkenntnis, dass der Putschversuch führend vom Gülen-Netzwerk verantwortet wurde. Es ist ja auch in Europa kein Geheimnis, dass diese Sekte den Staatsapparat unterwanderte, im Militär, bei der Polizei und vor allem in der Justiz. Und sie wussten, dass demnächst eine Welle von Prozessen auf sie zurollt. Anklageschriften waren schon fertig. Über 2000 Offiziere sollten Anfang August durch die Entscheidung des Hohen Militärrates aus dem Dienst entfernt werden. Aus den bisherigen Vernehmungen der am Putsch unmittelbar beteiligten Offiziere und Zivilisten wissen wir, dass sie diesen Maßnahmen zuvorkommen wollten. Auf skrupellose Art, unter Hinnahme der Ermordung von Menschen.

Sie sprechen von 2000 Offizieren. 130.000 Staatsbedienstete wurden suspendiert oder festgenommen...

Allein die Tatsache, dass mehr als 100.000 Menschen eine exklusiv dieser Bewegung vorbehaltene Kommunikations-App namens Bylock genutzt haben, verdeutlicht das wahre Ausmaß der Verschwörung. Die Anzahl der mutmaßlichen Täter erschöpft sich nicht in dem unmittelbar beteiligten Militärpersonal. Das Gülen-Netzwerk besteht aus verschiedensten Gruppen, die für sich ungefährlich erscheinen können. Sie sind aber durch ihr arbeitsteiliges Zusammenspiel, das von außen nur schwer erkennbar ist, staatszersetzend.

Wenn die Gülen-Bewegung so gefährlich ist, wie ist zu erklären, dass die AKP-Regierung so lange mit ihr zusammenarbeitete? Gülen-Staatsanwälte und -Richter waren wohlgehalten, als sie ab 2007 im Ergenekon-Verfahren gegen angebliche Putschpläne alter Militär-Kader voringen.

Zunächst einmal dürfen wir nicht vergessen, dass noch bis ins Jahr 2007 Teile des türkischen Militärs offen versucht haben, die Geschicke des Landes zu lenken. Ich erinnere an die Krise bei der Wahl des Staatspräsidenten 2007 und das Verbotverfahren gegen die AK-Partei 2008. FETÖ hat die damalige Entwicklung ausgenutzt und sich als Partner in Stellung gebracht. In dieser Auseinandersetzung mit undemokratischen Kräften erschien die Aufdeckung von Komplotten durch die Strafverfolgungsbehörden durchaus plausibel. Die dilettantische rechtliche Aufarbeitung sorgte bereits damals schon für Unmut in der Regierung und bildete den Ausgangspunkt für das Zerwürfnis mit der sogenannten Gülen-Bewe-

gung. 2011 war dieses Netzwerk so stark, dass es mit illegalen Methoden die Regierung erpresst hat, teilweise erfolgreich, wie die Besetzung des Hohen Richterrates mit ihren Leuten 2011 zeigt. Staatspräsident Erdoğan hat nach dem blutigen Putschversuch eingeräumt, sich in dieser Sekte getäuscht zu haben, und es letztlich dem Volkswillen überlassen, über diese für die Türkei folgenreiche Fehleinschätzung zu richten.

Sie sind Jurist und Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses im Parlament. Sind Sie überzeugt von der Rechtsstaatlichkeit der Verfahren?

Wie in jedem Rechtsstaat wird durch unabhängige Gerichte geprüft, ob und in welchem Maß individuelle Schuld vorliegt. Wenn die Ermittlungen ergeben, dass ein Lehrer zu Unrecht vom Dienst entfernt wurde, wird er seine Arbeit selbstverständlich wieder aufnehmen. Diese Gewissheit muss der Staat seinen Bürgern aber zunächst einmal geben. Jeder Staat würde in so einer Situation ähnlich reagieren. Ich will nur daran erinnern, dass bei der deutschen Wiedervereinigung knapp 20.000 Lehrer nicht übernommen wurden, weil sie für die Stasi gearbeitet hatten.

Sie beklagen, die Berichterstattung in den Medien sei mit schuld an der Entfremdung zwischen Deutschland und der Türkei. Wie objektiv berichten denn die türkischen Medien?

Wir müssen in Deutschland, aber auch in der Türkei, zu einer objektiven und nüchternen Berichterstattung zurückfinden. Dass ich diesbezüglich auch immer wieder die türkische Presse ermahne, können sie meinen öffentlichen Verlautbarungen entnehmen.